

C·A·P Planung...

22. Januar (C·A·P-FORUM)

Panel „Außenpolitik und Medien“, Referenten: Dr. Jochen Siemens (Frankfurter Rundschau), Josef Riedmiller (SZ), Hanspeter Oschwald (Focus), Rüdiger Löwe (Bayerischer Rundfunk)

5./6. Februar

„Europäische Varianten zur Regelung von Minderheitenfragen“, Fachkonferenz der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung

7./8. Februar

„Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in einer erweiterten EU“, Fachkonferenz der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung

19. Februar

Vortrag von Dr. Elfriede Regelsberger (Institut für Europäische Politik, Bonn) zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

26. Februar (C·A·P-FORUM)

„Autor, Macht, Staat - Intellektuelle in der politischen Kultur Deutschlands“, Prof. Dr. Paul Noack und Dr. Karl-Rudolf Korte

27. Februar (C·A·P-FORUM)

Vorstellung des Buches „Europe. Between Power and Impotence“ von Prof. Dr. Curt Gasteyger, Institut Universitaire de Hautes Études Internationales, Genf

C·A·P ANORAMA...

herausgegeben vom
Centrum für angewandte Politikforschung
(C·A·P)

Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c.

Werner Weidenfeld

Grafinger Straße 2

81671 München

Tel. 089 - 4132 640

Fax 089 - 4132 491

E-Mail: 101350,200@compuserve.com

Gestaltung: Patrick Meyer

Redaktion: Patrick Meyer, Nicole Schley,

Fünf Jahre deutsche Einheit

Eine Zwischenbilanz

Von Karl-Rudolf Korte

Erfolgsstory oder Mißerfolg? Was ist der Maßstab, an dem man den Einigungsprozeß messen kann? Gesamtdeutscher Alltag ist längst eingeleitet, doch die historisch immer noch nachhaltige Beurteilung des deutschen politischen Systems nach Kriterien ökonomischer Effizienz wirkt nach. Die Einheit kostet Geld - zwar weitaus weniger als die jahrzehntelange Teilung - und ist für die Westdeutschen mit ökonomischen Einbußen verbunden. Die Ostdeutschen hatten sich schnelleren Wohlstand für alle gewünscht. Mittlerweile ist die Kärnerarbeit des Transformationsprozesses überstanden, die aus Unkenntnis der realen Lage unterschätzt worden war. Von außen betrachtet kann man sich nur wundern. Verglichen mit den Reformländern des ehemaligen Ostblocks ist der ökonomische Aufholprozeß in den neuen Bundesländern überaus erfolgreich. Doch nach fünf Jahren fällt die Bilanz im Innern typisch kaufmännisch-kalkulierend aus: Wenig Freude, viel Kritik an den Kosten der Einheit. Die deutsche Einheit dient vielen als Problemasyl: Zufluchtsort für alles, was kritisierbar ist. Elend-Realisten und öffentliche Trübsal haben noch immer Konjunktur. Die Epochenwende selbst rückt bereits ins Licht der Geschichte. Trost bietet da allenfalls noch die Nostalgie. Derzeit finden Ost- und Westdeutsche Gemeinsames vor allem im verklärenden Rückblick auf die getrennten Vergangenheiten: Märchenhaft verschleiert wird dabei die glückliche westdeutsche Gesellschaft bis 1989, und auch in Ostdeutschland beobachtet man romantisierende Rückblenden. Dort verblaßt mit dem zeitlichen Abstand die Erinnerung an die Realität der Unfreiheit. Immer mehr gerät unter öffentlichen Beweisdruck, wer behauptet, daß es die DDR als Unrechtsstaat einmal gab. Dennoch: Die große Mehrheit begrüßt die Einheit, kritisiert jedoch einzelne Akzente des fünfjährigen Prozesses.

Die zentrale Zäsur zwischen Bonner und Berliner Republik liegt in der Außenpolitik. Das politische System der Bundesrepublik im Innern ist nur marginal betroffen. Selbst Revolutionen bringen die Deutschen nicht aus der Ruhe. Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn der Modernitätsschock der ehemaligen DDR-Bürger war dramatisch, für manche gar traumatisch. Unvermittelt konnten die Menschen reisen, wohin sie wollten, lesen, was sie wollten, kaufen, was sie sich wünschten und auch aussprechen, was sie dachten. Es fielen nicht nur Schranken, auch gewohnte Sicherheiten verschwanden. Nichts hat sich jedoch seit der Einheit so gewandelt wie die internationale Position der Deutschen. Gewichtiger und selbstbewußter, so sehen europäische Nachbarn das vereinigte Deutschland. Mehrheitlich sind die Deutschen heute bereit, international mehr Verantwortung zu tragen, und dies nicht nur mit dem Scheckbuch.

Die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der deutschen Einheit spielt sich bisher auf drei Ebenen ab: Zeitgeschichtliche Analysen des Regierens (Entscheidungsprozeß-Studien zum Einigungsprozeß 1989/1990, besonders aus Sicht der internationalen Diplomatie); Aktenauswertungen zur Geschichte und zum politischen System der DDR; empirische Analysen zum Transformationsprozeß, vor allem im Bereich der politischen Kulturforschung. Die *Forschungsgruppe Deutschland* stellt sich diesen Herausforderungen mit eigenen Beiträgen.

Dr. Karl-Rudolf Korte ist Leiter der Forschungsgruppe Deutschland. Eine Analyse der Forschungsgruppe Deutschland zum Thema „Fünf Jahre deutsche Einheit“ ist im Deutschland-Archiv 11/95 erschienen und kann als Sonderdruck beim C·A·P angefordert werden.

C·A·P_{rolog}...

1996 wird ein Schlüsseljahr der Europapolitik werden: Reform der Europäischen Union, Öffnung nach Osten, Vorbereitung der WWU, Hilfsprogramme für Bosnien, neue Mittelmeerpolitik der EU. Fragen auch im Verhältnis zu den Weltmächten: Wahlen in Amerika und Rußland entscheiden auch über die künftige Rolle Europas in der Welt.

Jedes dieser Themen steht zugleich für Projekte am C·A·P. Die Reformstudie der **Forschungsgruppe Europa** für die Regierungskonferenz gehört zu den Bezugspunkten der konzeptionellen Debatte. Zwei Studien zum Eintritt in die Währungsunion entstehen in Zusammenarbeit mit externen Experten und soeben ist der jüngste Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit der mittel- und osteuropäischen Staaten erschienen. Neue Strategiepapiere liegen für die Gestaltung der gesamteuropäischen Ordnung und für die Rolle Europas im Mittelmeerraum vor. Mit Experten aus Europa und den USA arbeiten wir am Konzept einer Transatlantischen Gemeinschaftsbildung, zusammen mit russischen und amerikanischen Fachleuten entwickeln wir einen Plan für die strategische Partnerschaft mit Rußland.

Die meisten dieser Initiativen entstammen der Zusammenarbeit mit der **Bertelsmann Stiftung** und der **Bertelsmann Wissenschaftsstiftung** – eine ungewöhnlich intensive Kooperation, deren Erfolg in der strikten Orientierung auf Problemlösungen begründet liegt.

Josef Janning

Stv. Direktor des C·A·P, Leiter der Forschungsgruppe Europa

Eine Denkfabrik für Politik und Wissenschaft

Centrum für angewandte Politikforschung nimmt Arbeit auf

Am 9. Oktober 1995 präsentierte Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld der Öffentlichkeit das „Centrum für angewandte Politikforschung“. In den neu bezogenen Räumen des OTEC-Hauses im Münchner Osten stellten Werner Weidenfeld (Direktor des C·A·P), Josef Janning (Forschungsgruppe Europa), Dr. Thomas R. Henschel (Forschungsgruppe Jugend und Europa) und Dr. Karl-Rudolf Korte (Forschungsgruppe Deutschland) den geladenen Gästen den Arbeitsansatz des Centrums vor...

Politikwissenschaft in Deutschland muß zur Lösung politischer Probleme beitragen. Anstatt ihre Ergebnisse verständlich und zeitig in den Entscheidungsprozeß einzubringen, meiden Politikforscher vielfach den Umgang mit der Politik und schotten sich in sprachlichen Gehäusen ab. Obwohl der Bedarf an wissenschaftlich begründeter Orientierungsleistung wächst, fehlt es an der praktischen Ausrichtung der Politikwissenschaft. Insbesondere die Umwälzungen der friedlichen Revolutionen von 1989 verlangen nach neuen Konzepten politischen Handelns und neuen Begründungen für politische Institutionen und Prozesse. Die internationalen Verflechtungen, das Ineinanderfließen von Innen- und Außenpolitik wie auch die Verkürzung von Entscheidungszyklen fixieren die Aufmerksamkeit der Akteure auf die gerade anstehenden Fragen zu Lasten langfristiger Ziele.

Das *Centrum für angewandte Politikforschung* am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München will die entstehende Lücke schließen. Es organisiert den wissenschaftlichen Sachverstand zur Entwicklung von Problemlösungen für die Politik. Die Forschungsgruppen am C·A·P verbinden international und interdisziplinär angelegte Analyse mit Vorschlägen und Empfehlungen für die politische Praxis. Zugleich übernehmen sie die Vermittlung der Arbeitsergebnisse an Entscheidungsträger und Öffentlichkeit. Die drei Forschungsgruppen des C·A·P besitzen bei diesen Aufgaben jeweils ein eigenes wissenschaftliches Profil:

Die *Forschungsgruppe Europa* konzentriert sich auf die Entwicklung europapolitischer Strategien. Die Projekte, Studien und Entwürfe reichen von der institutionellen Weiterentwicklung der Europäischen Union, ihrer Erweiterung nach Osten bis zur künftigen Sicherheit Europas und zur Gestaltung der Beziehungen mit den Nachbarn im Osten, Süden und über

C·A·Punkte...

„Voneinander lernen“ - Politische Bildung in Mittel- und Osteuropa

C·A·P-FORUM: Atlantischer Kulturbruch?

2+4-Konferenz

Jahrbuch der Europäischen Integration 1994/95

Vorgestellt: Bertelsmann Wissenschaftsstiftung

Zwischenbilanz : Fünf Jahre deutsche Einheit

Drei Forschungsgruppen -
ein Ansatz

den Atlantik. Studiengruppen und High-Level-Foren stellen die kontinuierliche Verbindung zwischen Wissenschaft und Politik her.

Die *Forschungsgruppe Jugend und Europa* ermittelt systematisch die Einstellungen junger Menschen zu politischen Fragen und entwickelt daraufhin Konzepte und Modelle für die Vermittlung politischer Zusammenhänge im Bereich der politischen Bildung. Angesichts der Orientierungsprobleme nehmen Konzepte der Demokratie- und Toleranzziehung und die Entwicklung angepaßter Vermittlungsformen für West- und Osteuropa einen breiten Raum ein.

Die *Forschungsgruppe Deutschland* betreibt Demokratie- und Einstellungsforschung, deren Schwerpunkt auf den Grundtrends der politischen Kultur liegt. Auf der Basis umfassender zeitgeschichtlicher Analysen zum Regierungshandeln entwickelt die Forschungsgruppe außerdem neue Bewertungsansätze für innen- und außenpolitische Entscheidungsprozesse.

Über diesen Rahmen hinaus wird das C·A·P künftig Initiativen in drei Bereichen ergreifen:

Initiativen des Centrums

- Im C·A·P-FORUM werden regelmäßig Experten aus Wissenschaft und Politik über aktuelle Ergebnisse angewandter Politikforschung berichten.
- Ergebnisse, Informationen und Quellen der Arbeit des C·A·P sollen elektronisch abrufbar sein. Dazu ist ein Informationssystem in Vorbereitung.
- Das C·A·P wird ein spezifisches Qualifikations- und Weiterbildungsangebot für Führungskräfte und Multiplikatoren unterbreiten, dessen Schwerpunkt auf der Vermittlung von Handlungsoptionen liegen wird.

Politische Entscheidungen
als Ausgangs- und Zielgröße

Angewandte Politikforschung folgt bei der Ausgestaltung dieser verschiedenen Projekte einer erprobten Systematik: Problemanalyse, Bestandsaufnahme der bisherigen Regelungsansätze, Entwicklung von Zielen und Kriterien für sachgerechte Lösungen, Erarbeitung von Handlungsoptionen, rechtzeitige Vermittlung der Ergebnisse an die Adressaten in Politik und Öffentlichkeit. Angewandte Politikforschung muß deshalb politische Entwicklungen frühzeitig antizipieren, ihre Implikationen in Szenarien abschätzen und den künftigen Entscheidungsbedarf ermitteln.

C·A·P Projekt...

„Voneinander lernen, Projekte für Jugendliche aus Mittel- und Osteuropa - Ein internationaler Austausch“ - dies war das Motto einer Konferenz, zu der das **Deutsche Jugendinstitut e.V.** in Kooperation mit der **Forschungsgruppe Jugend und Europa** und dem **Deutsch-Polnischen Jugendwerk** vom 4.-8.12.95 in Konstancin bei Warschau eingeladen hat.

Erstmals nach dem Zusammenbruch des ehemaligen Ostblocks kamen Vertreter der Jugendarbeit aus Ländern Mittel- und Osteuropas zu einem neuen Dialog zusammen. Hierbei standen - anders als in der kommunistischen Vergangenheit - in erster Linie Menschen und nicht nationale Delegationen aus den über 14 vertretenen Ländern mit ihren individuellen Ideen im Vordergrund. Insgesamt wurden an die siebzig Projekte der Jugend- und Sozialarbeit im lokalen Kontext vorgestellt und der jeweilige pädagogische und methodische Ansatz diskutiert. Es zeigte sich, daß in der finanziell schwierigen Umbruchsituation nicht selten phantasievolle und unkonventionelle Wege von Partnern in Mittel- und Osteuropa eingeschlagen werden. Im Prozeß des gegenseitigen „Voneinander Lernens“ könnte auch Westeuropa von diesen neuen Impulsen profitieren. Ein konkretes Ergebnis der Konferenz für die **Forschungsgruppe Jugend und Europa** waren Gespräche mit Partnern der Jugendarbeit aus Litauen, Polen und den neuen Bundesländern. Für 1996 ist ein gemeinsames deutsch-polnisch-litauisches Pilotprojekt für Multiplikatoren der Jugendarbeit zum Thema „**Jugendstrukturen im Demokratiesierungsprozeß**“ geplant. Im Osten also viel Neues...

Bertelsmann Wissenschaftsstiftung

Ein herausragender Projektpartner des C·A·P ist die *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* (Gütersloh). In einer Reihe langfristig angelegter Projekte mit dem Schwerpunkt Europa arbeiten die Forschungsgruppen und die gemeinnützige Stiftung an Lösungsvorschlägen für aktuelle Problemstellungen der Politik. Der operative Ansatz der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* korrespondiert in besonderem Maße mit dem Konzept der „angewandten Politikforschung“ in München.

Gegründet wurde die *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* im Juli 1995 von der *Bertelsmann AG*, einem der weltgrößten Medienkonzerne. Sie ist eine allgemeine selbständige Stiftung des privaten Rechts und finanziert sich aus Spenden der *Bertelsmann AG* und Dritter. Das jährliche Projektvolumen beträgt rund 5 Mio. DM, die allerdings nicht auf Antrag vergeben werden. Die Stiftung versteht sich vielmehr als „acting foundation“, d.h. sie legt besonderen Wert auf die eigenständige Initiierung und Mitgestaltung von Projekten, die sie an wissenschaftliche, staatliche und private Projektpartner vergibt. Große Bedeutung wird der Evaluation und

Vermittlung von Projektergebnissen an Entscheidungsträger in Wissenschaft und Politik zugemessen.

Ziel der Stiftung ist die Förderung der Wissenschaft und von der Gesellschaft besonders anerkannter kultureller Zwecke.

In diesem Rahmen werden Forschungsvorhaben, Konzeptionen, Modellversuche und Symposien unterstützt, die konkrete und umsetzbare Beiträge für die Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme erbringen.

Inhaltliche Schwerpunkte werden dabei in den Disziplinen Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaft, Sozialwissenschaften, Rechts- und Verwaltungswissenschaft, medizinische Forschung und Gesundheitswesen, Pädagogik und Didaktik gesetzt. Im Bereich der Kultur engagiert sich die Wissenschaftsstiftung in nachwuchsfördernden Veranstaltungen zu den Themen Musik und Literatur.

Bertelsmann Wissenschaftsstiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh
Tel. 05241-8170

In der Rubrik „C·A·Partner“ stellen wir Projekt- und Kooperationspartner aus der Arbeit der Forschungsgruppen vor.

C·A·Portrait...

Die Analyse und Strategieentwicklung für den mittel- und osteuropäischen Raum bilden einen inhaltlichen Schwerpunkt der Arbeit des C·A·P.

Auf seiten der **Forschungsgruppe Europa** arbeiten **Dr. Martin Brusis**, **Barbara von Ow-Freytag** und **Petra Brunner** an Integrationsstrategien für diesen Raum. **Dr. Martin Brusis** absolvierte sein Studium der Politikwissenschaft und Slawistik an der Universität Marburg und an der FU Berlin. Danach konnte er während einer Mitarbeit in einem DFG-Forschungsprojekt fundierte Kenntnisse über Integrationsmechanismen postsozialistischer Länder gewinnen. **Barbara von Ow-Freytag** wurde nach ihrem Studium an der Oxford University Osteuropa-Korrespondentin der Reuters Nachrichtenagentur. Sie arbeitete beim Sender Freies Europa und als außenpolitische Redakteurin bei der Süddeutschen Zeitung. Bevor sie wiss. Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Europa wurde, verbrachte sie längere Zeit als freie Journalistin im Ausland, u.a. in Paris und Moskau.

Petra Brunner studierte an der Hochschule für Politik in München, am Institut d'Études de Politiques in Paris und am Collège d'Europe in Brügge. Bevor sie dieses Jahr zur Forschungsgruppe kam, arbeitete sie am ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München. Innerhalb der **Forschungsgruppe Jugend und Europa** betreut **Eva Feldmann** das Referat Mittel- und Osteuropa. Sie beschäftigt sich mit dem Aufbau demokratischer Jugendstrukturen in den östlichen Reformstaaten. Nach ihrem Studium der Ethnologie in Freiburg arbeitete sie drei Jahre lang beim deutsch-polnischen Jugendwerk in Warschau.

Die EU zum Nachschlagen

Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): **Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration**, Europa-Union Verlag, 5. Auflage Bonn 1995, 415 S., DM 24,80, ISBN 3-7713-0510-1

Das Wissen um die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der Europäischen Union ist längst ein Bestandteil der Allgemeinbildung geworden. Europas Geschichte vollzieht sich im Zeitraffer: Vollendung des Binnenmarktes, Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages und Erweiterung der EU bilden die historischen Eckpunkte der Entwicklung. Daneben vollzieht sich aber im stillen ein immer stärkeres Einwirken europäischen Rechts auf den Lebensalltag der EU-Bürger. „Europa von A-Z“ wendet sich deshalb an die Leser, die schnelle und umfassende Informationen zu zentralen Themen, Begriffen und Sachverhalten der europäischen Einigung suchen. Mit seinem systematischen Aufbau füllt es zuverlässig Wissenslücken und macht Europa durchschaubar.

Wie Europas Wettbewerbsfähigkeit sichern?

Werner Weidenfeld, Jürgen Turek: **Standort Europa - Handeln in der neuen Weltwirtschaft**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1995, 234 S., Schutzgebühr DM 25,-, ISBN 3-89204-177-6

Die im Rahmen des gemeinsamen Projektes „Strategien für Europa“ der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* und der *Forschungsgruppe Europa* entstandene Studie beginnt mit einer polit-ökonomischen Bestandsaufnahme, die sich auf das zentrale Phänomen der Regionalisierung der Weltwirtschaft sowie auf eine neue problemorientierte Analyse zum Standort Europa begründet. Thematisiert wird insbesondere das Dilemma Europas zwischen Abschottung zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit einerseits und weiterer wirtschaftlicher Öffnung zum Schaden der wirtschaftlichen Selbstbehauptung andererseits. Einen Ausweg aus diesem Dilemma bietet eine europäische Strategie, die innere Reformen der EU mit der gelungenen Annahme der äußeren Herausforderungen verknüpft.

Handreichung für Seminare und Unterricht

Thomas R. Henschel, Stefan Rappenglück (Hrsg.): **Das Kruzifix-Urteil** - Handreichung für Seminare und Unterricht, München 1995, Schutzgebühr DM 10,-, ISBN 3-9804711-0-1

In der Reihe „*Materialien der Forschungsgruppe Jugend und Europa*“ werden aktuelle politische Themen der Bildungsarbeit zugänglich gemacht. „Das Kruzifix-Urteil“ soll in diesem Kontext dazu beitragen, die öffentliche Diskussion um das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu versachlichen und als praxisorientierte Materialiensammlung für Lehrer, Jugendarbeiter und politische Jugendbildner zu dienen. Der Band enthält Fakten, Positionen und Meinungen zum Urteil. Neben einer ausführlichen Dokumentation (Urteil, Gesetzesgrundlagen, Bayerische Schulordnung, Pressespiegel) werden zudem methodisch aufbereitete Unterrichtsinhalte (Planspiele, Toleranzübungen, Pro- und Contra-Debatten im Unterricht) für die politische Bildung angeboten.

Verfassungskommission auf dem Prüfstand

Peter Fischer: **Reform statt Revolution** - Die gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat, München 1995, 141 S., DM 16,80, ISBN 3-9804530-0-6

Ein zweiter „Parlamentarischer Rat“ sollte es werden: die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat. Sie entstand als Kompromiß aus der Forderung nach einer neuen Verfassung für das vereinigte Deutschland und dem Anspruch auf Bestätigung des bewährten Grundgesetzes. Mit entsprechend unterschiedlichen Erwartungen und Zielen gingen die Akteure von Januar 1992 bis Oktober 1993 an die Arbeit. In Band 5 der „*Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland*“ werden die Struktur, Funktionsweise und Ergebnisse dieses Gremiums anhand der ausgewählten Themenbereiche „Europa“, „Staatsziele“ und „plebiszitäre Elemente“ detailliert analysiert und evaluiert. Fischers Fazit: Trotz aller Widerstände hat die Kommission die umfangreichste Änderung des Grundgesetzes seit 1949 auf den Weg gebracht.

Atlantischer Kulturbruch?

Vom Ende der deutsch-amerikanischen Selbstverständlichkeiten

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Bayern-USA: 50 Jahre Partnerschaft“ des Bayerischen Kultusministeriums hat das C·A·P am 6. November eine Paneldiskussion mit politischen Experten organisiert, um über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen zu diskutieren.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind gefährdet durch die Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik auf Bedürfnisse der „home-consumption“. Ob die Institutionen des Ost-West-Konflikts, wie z.B. die NATO, eine Brücke in das 21. Jahrhundert sein können, ist dabei mehr als fraglich. Die Erosion der Bindungen angesichts des Generationenwechsels im US-Kongreß stellt die transatlantische Partnerschaft - trotz zweifellos vorhandener gemeinsamer Interessen - auf eine schwere Probe. Mit diesen Thesen eröffnete Professor *Werner Weidenfeld* das C·A·P-FORUM. Viele persönliche Erfahrungen, die er auch in seiner Eigenschaft als Koordinator der deutsch-amerikanischen Beziehungen für die Bundesregierung gemacht hat, führte er dabei zur Bekräftigung an.

Die Teilnehmer an der von *Josef Janning* (Leiter der Forschungsgruppe Europa) geleiteten Diskussion, *Elizabeth Pond* (Journalistin), *Terry Swartzberg* (International Herald Tribune), *Dr. Stephan Bierling* (LMU München) und *Dr. Jochen Siemens* (Stv. Chefredakteur der Frankfurter Rundschau), konnten sich indes nicht gänzlich über den Zustand des deutsch-amerikanischen Verhältnisses einigen. *Stephan Bierling* konstatierte, gemeinsame Interessen in den Bereichen nukleare Proliferation, Welthandel und regionales Krisenmanagement seien so evident, daß sich die Umsetzung dieser Interessen in politische Kooperation praktisch zwangsläufig ergäbe. Er beurteilt deshalb die Zukunft der euro-atlantischen Beziehungen positiv. *Terry Swartzberg* sprach dagegen in bezug auf die Achse Bonn-Washington von einer „unerwiderten Liebe“. Zwar besuchten jedes Jahr viele tausend Amerikaner Deutschlands Sehenswürdigkeiten, die amerikanische Gesellschaft habe indes keine tiefgehenden

Kenntnisse über deutsche Befindlichkeiten und Entscheidungsprozesse. *Swartzberg* wies zudem darauf hin, daß sich Deutschland in den USA gerade in wirtschaftlichen Fragen zu defensiv „vermarkte“.

Die unterschiedlichen Positionen des Podiums spiegelten so die aktuelle Problematik in den transatlantischen Beziehungen wider.

Zustimmung fand jedoch das Resümee von *Werner Weidenfeld*, man müsse unter gemeinsamen Anstrengungen die Partnerschaft auf eine neue Grundlage stellen. Zu diesem Zweck bedürfe es einer euro-amerikanischen Koordination der verschiedenen Außenpolitiken und der Bildung einer transatlantischen Freihandelszone.

Das C·A·P-FORUM ist eine Veranstaltungsreihe, bei der Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit Themen angewandter Politikforschung diskutieren

Gemeinsame
weltpolitische Interessen

Eine „unerwiderte Liebe“
und falsches Marketing

Partnerschaft
neu begründen

C·A·P-FORUM...

Zur Eröffnung dieser Reihe hielt am 24.10.95 **Prof. Dr. Shlomo Avineri** von der Hebräischen Universität Jerusalem einen Vortrag über den **Friedensprozeß im Nahen Osten**. Shlomo Avineri konnte dabei in seiner Analyse auf seine Erfahrungen als Generaldirektor im israelischen Außenministerium zurückgreifen.

Die **Forschungsgruppe Europa** richtet zusammen mit der **Hebräischen Universität** jährlich eine Konferenz zu aktuellen Fragen des Integrationsprozesses aus.

Wege zum 2+4-Vertrag

Die deutsche Einheit auf dem Prüfstand

Ende November veranstaltete die *Forschungsgruppe Deutschland* eine Tagung zu den internationalen Aspekten der deutschen Einigung. Junge Nachwuchswissenschaftler waren aufgefordert, Einblick in ihre Forschungswerkstätten zu geben und ihre Ergebnisse zur Diskussion zu stellen. Auf der Basis einzelner Länderstudien zu den Partnern der sogenannten „2+4“-Verhandlungen (Bundesrepublik, DDR, USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien) wurden so die zentralen Stationen auf dem Weg zur deutschen Einheit beleuchtet und die neuralgischen Punkte dieses Prozesses in der Gegenüberstellung herauskristallisiert. Im Mittelpunkt standen dabei die Entscheidungsprozesse hinter dem Vorhang der jeweiligen nationalen Interessenlage sowie die Beziehungs- und Akteurskonstellationen auf der internationalen diplomatischen Bühne. Die intensive Diskussion gab Aufschluß über Schlüsselprobleme in dieser stürmischen Phase internationaler Politik. Allerdings: Die derzeit noch mangelnde Möglichkeit zur Akteneinsicht in den einzelnen Staaten wird noch einige Rätsel aufgeben und so manche Frage unbeantwortet lassen.

Das C·A·P besuchten:

Prof. Dr. Schao-cheng Tang, Institute of International Relations, National Chenchi University, Taiwan;

Dominique Bocquet, Generalsekretär der Europäischen Bewegung Frankreich, Paris;

Adam Laszyn, Journalist der Tageszeitung „Zycie Warszawy“, Warschau;

Prof. Dr. Anatoly Torkounov, Staatliches Institut für Internationale Beziehungen, Moskau;

Dr. Thomas Jansen, Europäische Kommission, Brüssel;

Prof. Dr. Kalman Yaron, Hebräische Universität, Jerusalem;

Fragen der Sicherheit...

...standen im Mittelpunkt von zwei Tagungen der **Forschungsgruppe Europa** und der **Bertelsmann Wissenschaftsstiftung**.

Als Themen wurden von Experten und Entscheidungsträgern diskutiert: Die „**Europäische Außen- und Sicherheitspolitik in einer erweiterten Europäischen Union**“ (25./26.9. in München) und Fragen der „**Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten**“ (14.-16.11. in Rom). Credo: Die GASP der Europäischen Union spielt sowohl in Mittel- und Osteuropa als auch im Nahen Osten eine zunehmend wichtige Rolle.

Die Enquête-Kommission...

...des Deutschen Bundestages zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ fragte den Sachverständigenrat der **Forschungsgruppe Deutschland** ab: Werner Weidenfeld und Manuela Glaab erstellten ein Gutachten zum Thema „**Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen 1945/49-90.**“ Fazit: Es gibt Anzeichen für eine wachsende emotionale Distanz sowie für ein fortdauerndes Zusammengehörigkeitsgefühl.

Ein Film zur EU - Europa in seiner Vielfalt

Ziele, Zweifel und Visionen

Die *Forschungsgruppe Jugend und Europa* arbeitet zur Zeit zusammen mit dem *Bayerischen Rundfunk (BR)* und der *Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Bayern* an einer Sendung zur Europäischen Union. Der Film geht der Frage nach, warum die Bürger überhaupt die europäische Integration benötigen. Im Vordergrund steht also weniger die konkrete Sachdarstellung oder Faktenvermittlung, sondern der Versuch, Europa in seiner ganzen Vielfalt darzustellen, und zwar negativ wie positiv. Durch einen problemorientierten Überblick sollen Zuschauer und Zuschauerinnen dazu angeregt werden, sich selbst zu vergewissern, welches die ursprünglichen Ideen der europäischen Zusammenarbeit waren, und wie eine Vision europäischer Zukunft aussehen könnte.

Der Film wird im April 1996 im Rahmen des Schulfernsehens des *Bayerischen Rundfunks* gesendet. Er wird außerdem als Videofassung bei der *Landeszentrale für politische Bildungsarbeit* zur Verfügung gestellt.

Jahrbuch der Europäischen Integration 1994/95

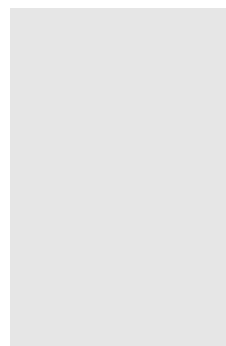
herausgegeben von **Werner Weidenfeld** und **Wolfgang Wessels**, Europa-Union Verlag, Bonn 1995, 560 Seiten, DM 89.-, ISBN 3-7713-0509-8

Viele Ereignisse und Themen bestimmten 1994/95 die europapolitische Debatte und trugen so dazu bei, ein eher diffuses Bild von Europas Zukunft zu zeichnen. Neben der Krise auf dem Balkan prägten das Herannahen der für 1996 angesetzten intergouvernementalen Reformkonferenz und der in Maastricht beschlossenen Wirtschafts- und Währungsunion die Agenda der öffentlichen Debatten Europas. Konsens über die Zukunft der Integration ist immer schwerer zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund ist es die Zielsetzung des Jahrbuches, die Transparenz der Entscheidungsprozesse, Motive und Ziele der Europäischen Union zu erhöhen und eine Hilfe zur systematischen Aufarbeitung und Beurteilung der komplizierten Ereignisse und Fakten darzustellen. Zu diesem Zweck folgt das Jahrbuch auch in seiner mittlerweile 15. Auflage einer bewährten Gliederung: Bilanz, Institutionen der Europäischen Union, Außenpolitik der EU, Politische Infrastruktur, Europapolitik in den

Mitgliedstaaten sowie in anderen europäischen Staaten und internationalen Organisationen und abschließend Dokumentation, Chronologie und Bibliographie bleiben die festen Eckdaten. Inhaltliche Veränderungen ergaben sich in diesem Jahr vor allem aus der Tatsache, daß wichtige EFTA-Staaten nunmehr der EU beigetreten sind. In den 54 Einzelbeiträgen analysieren 59 Autoren den Prozeß der europäischen Integration und verleihen so dem Gesamtwerk durch ihre große Sachkunde sein unverkennbares Profil. Auch dieses Jahr konnten wieder viele nationale und internationale Autoren für diese interessante Aufgabe gewonnen werden.

Das Jahrbuch bietet auf diese Weise aufgrund seines systematischen und transparenten Aufbaus und seines inhaltlich und sprachlich einheitlichen Charakters nicht nur eine unverzichtbare Informationsquelle über die europäische Integration, sondern auch einen kleinen Beitrag zur Schaffung europapolitischer Legitimität.



Reformdiskussion,
Währungsunion,
GASP,...

59 Autoren analysieren
Entscheidungsprozesse in
Europa

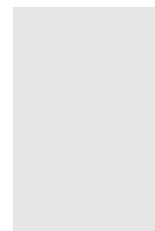
Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union

Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit 1995

herausgegeben von **Werner Weidenfeld**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1995, 288 S., Schutzgebühr DM 10.-, ISBN 3-89204-214-4

Der Prozeß der Heranführung der Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE) an die EU gestaltet sich widersprüchlich. Zunehmend wird erkennbar, daß nicht die Integrationsfähigkeit der MOE-Staaten, sondern die mangelnde Erweiterungsfähigkeit der EU zu dem entscheidenden Hindernis für den Beitritt dieser Staaten zur Union wird. In den MOE-Staaten wächst die Frustration darüber, daß die Gemeinschaft den neuen Beitrittskandidaten immer größere

Reformanstrengungen abverlangt, während sie die dringende Frage nach ihrer eigenen Erweiterungsfähigkeit nur zögerlich in Angriff nimmt. Die Synchronisierung der verschiedenen Reform- und Umstrukturierungsprozesse wird die größte Aufgabe der Europapolitik der kommenden Jahre sein. Am Zug ist nun die EU, die den MOE-Staaten eine klare Beitrittsperspektive eröffnen muß, damit sich dort die sozialen Opfer der Transformation rechtfertigen lassen.



Mangelnde
Erweiterungsfähigkeit der EU
bremst die Osterweiterung